

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 110 000 Mark.
In den Ausgabestellen monatlich 100 000 M. Bei Postbezug
monatlich 110 500 M. Unter Streifband in Polen monatlich 200 000 M., in Deutschland
u. Danzig 750 000 M. Einzelnummer 8000 M., Sonntagsnummer 10000 M.
Bei höherer Gewalt. Betriebslager, Arbeitsniederlegung ob. Ausperrung hat der
Zeitung keinen Anspruch auf Nachlieferg. der Zeitg. ob. Rückzahlg. des Bezugspreises.
Ferner Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialzelle 4000 M. die 90 mm
breite Reklamezelle 20000 M. Deutschland u. Freistaat
Danzig ohne Aufschlag, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Plakatschrift
und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Offertengelöhn 10000 M. — Für das Erstellen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postkonten: Stettin 1847, Polen 202157.

Nr. 242.

Bromberg, Dienstag den 23. Oktober 1923.

47. Jahrg.

Bor dem Sturm.

Die politischen Dinge in Deutschland haben sich in den letzten Tagen mit unheimlicher Schnelligkeit zugespielt und treiben der Entscheidung entgegen. Man kann heute nicht mehr von einem Zentrum des Deutschen Reiches sprechen, man muss vielmehr mindestens drei oder vier politische Mittelpunkte annehmen, um die sich die Kräfte gruppieren.

In Berlin regiert das Kabinett Stresemann mit diktatorischen Befugnissen und seinen militärischen Befehlshabern. Gehler und von Seecott; in Dresden geben sich Kommunisten und Sozialisten unter der Führung des jugendlichen Ministerpräsidenten Beigner ein Stellbuchein, während in München Herr von Kahr die Diktatur ausübt, hinter dessen Rücken die Wittelsbacher und Nationalsozialisten ihre Herrschaftspläne ausbauen wollen. Im Ruhrgebiet endlich haben wir die Diktatur Poincarés, die sich bemüht, das Chaos in Deutschland und Mitteleuropa zu vermehren und jede Möglichkeit der Reparationszahlung, die von Deutschland nahezu tödlich vorgeschlagen wird, zunutze zu machen.

Bayern hat die auf seinem Territorium stehenden Garnisonen der Reichswehr unter eigenen Befehl gestellt und den von Berlin entlassenen General von Löffelholz zum Befehlshaber eingesetzt. Die Beziehungen zum Reichswehrministerium wurden abgebrochen. Gleichzeitig marschierten preußische Reichswehrabteilungen unter dem Befehl des Generalleutnants Müller im Freistaat Sachsen ein, während dem Ruhrgebiet nach Poincarés Ablehnung sämtlicher Vorschläge der Reichsregierung und nach der Einstellung der Unterstützungszahlungen durch das hierzu nicht mehr fähige Deutsche Reich Hunger und Aufruhr drohen. Die Ursache dieser chaotischen Verhältnisse, die nach den Worten unserer eigenen Minister in der Hauptstadt auch Polens wirtschaftliche Schwierigkeiten hervorgerufen haben, liegt einzeln und allein in der Vernichtungspolitik der französischen Regierung Poincaré, die sich zwar rühmen kann, einen glänzenden Sieg über eine wehrlose Bevölkerung errungen zu haben, die aber gleichzeitig den Königen von Moskau den Weg ebnet und die europäische Kultur an den Abgrund bringt.

Bayern und das Reich.

Der Fall Löffelholz.

Der vom Berliner Reichswehrministerium zum Militärbefehlshaber in Bayern ernannte General von Löffelholz hatte vor etwa zwei Wochen den Befehl erhalten, das Kommando des nationalsozialistischen „Wölfchen“ in München durchzuführen. Der General führte diesen Befehl nicht aus, da die bayerische Regierung ihre Zustimmung nicht erteilte und sich auf den Standpunkt stellte, daß die Durchführung eines Zeitungverbots auch im Fall einer Befehldigung des Reichswehrministers allein ihrer Kompetenz unterliege.

Die Ablehnung des Generals, den ihm gewordenen Befehl des Reiches auszuführen, wurde in Berlin mit seiner Absetzung beantwortet, nachdem ein Versuch des Generals Kreuz von Kressenstein, Herrn von Löffelholz zur freiwilligen Abdankung aufzufordern, gescheitert war und die bayerische Reichswehr sich hinter ihren bisherigen Führer gestellt hatte. Die bayerische Regierung unterstellt daraufhin — im Widerspruch zur Verfassung — die bayerischen Divisionen ihrer eigenen Kompetenz und ernannte den General von Löffelholz zum Oberkommandierenden dieser Streitkräfte.

Die Dienstenthebung.

WTB. meldet amtlich: „Der Reichswehrminister hat Generalleutnant v. Löffelholz vom Dienst entbunden und seine Verabschiedung eingeleitet. Mit der vorläufigen Führung der 7. Division des Reichsheeres ist der nächstliegende bayerische Offizier Generalmajor Freiherr Kreuz v. Kressenstein beauftragt worden. Der Reichspräsident hat die bayerische Regierung aufgefordert, ihr Vorschläge für die Nachfolge des Herrn v. Löffelholz zu unterbreiten.“

Zu der in den späten Abendstunden aus München eingegangenen Nachricht über die Einsetzung des Generals v. Löffelholz als bayerischen Landeskommendanten durch die bayerische Staatsregierung erfährt das amtliche Telegraphenbüro folgendes: Die neueste Maßnahme der bayerischen Regierung stellt zweifellos einen glatten Bruch der Reichsverfassung dar. Es ist tief bedauerlich, daß eine verantwortliche deutsche Landesregierung in einer Zeit schwerster außenpolitischer Not des Vaterlandes Sondervielfache und Sonderinteressen gegenüber der Gesamtheit des Reiches durchsetzen zu sollen glaubt und damit dem Reich und der Reichsregierung die Zusammenfassung aller Kräfte gegen den von außen kommenden Berstungswillen außerordentlich erschwert.

Bayerische Ausfälle.

Die „Treuänderin“.

Der Aufruf der bayerischen Gesamtregierung lautet: Reichswehrminister Dr. Gehler hat als Inhaber der vollziehenden Gewalt für Bayern zwar den militärischen Befehlshaber, aber keinen Zivilgouverneur ernannt. Dadurch hat er das bereits vorher gebildete Generalstaatskommariat anerkannt. Gleichwohl hat der Reichswehrminister dem Generalleutnant v. Löffelholz in einer Angelegenheit, die zweifellos zur Zuständigkeit des Generalstaatskommariats gehört, einen Befehl erteilt und hierdurch in die bayerische Oberhoheit eingegriffen. Generalleutnant v. Löffelholz hat sich in der gegebenen schwierigen Lage in der loyalsten Weise mit der bayerischen Regierung in Verbindung gesetzt, die ihrerseits die weitere Behandlung der Angelegenheit nach der politischen

Seite für geboten erachtete und die Reichsregierung nachdrücklich auf die schweren Folgen einer etwaigen Maßregelung Generalleutnants von Löffelholz hingewiesen hat. Gleichwohl hat der Reichswehrminister Gehler die Angelegenheit rein militärisch betrachtet und Generalleutnant von Löffelholz seines Dienstes entbunden. Die bayerische Staatsregierung konnte diese Maßnahme unmöglich hinnehmen und hat daher im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern und zur Wahrung der bayerischen Belange bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und Reich den bayerischen Generalleutnant von Löffelholz als bayerischen Landeskommendanten eingesetzt und mit der Weiterführung der bayerischen Division beauftragt. Das bayerische Volk wird diesem auch im wohlverstandenen Reichsinteresse gelegenen Schritt, der zur Wahrung der Würde und des Ansehens Bayerns bei der gegebenen Sachlage unvermeidlich war, volles Verständnis entgegenbringen.

Der „deutsche Gedanke“.

Der Ruf des Generalstaatskommisars Dr. v. Kahr lautet: „Der Reichswehrminister hat versucht, den bayerischen Landeskommendanten Generalleutnant v. Löffelholz unter Drohungen gegen Bayern zur Abdankung zu zwingen. Die Verwahrung der bayerischen Staatsregierung hat der Reichswehrminister mit sofortiger Amnestie und Enthebung des Generalleutnants v. Löffelholz beantwortet. Bayerns Staatsregierung und Generalstaatskommariat wissen sich eins mit allen Deutschen gesinnend, wenn sie solche Maßnahmen ablehnen. Bayern betrachtet es als heilige Pflicht in dieser Stunde, die Hochburg des bedrängten Deutschlands zu sein. Die bayerische Staatsregierung hat deshalb im Einvernehmen mit dem Generalstaatskommariat den Generalleutnant v. Löffelholz mit der Führung des bayerischen Teils der Reichswehr betraut. Bayern! Deutsches! Seid treu der heiligen Aufgabe, unserem deutschen Vaterlande die innere Freiheit wiederzugeben.“

In einer kurzen Ansprache an die Pressevertreter sagte der Generalstaatskommisar Dr. v. Kahr, daß bei dem Schritt Bayerns der deutsche Gedanke im Vordergrund stehe. Mit größtem Nachdruck lehnte Kahr den Gedanken des Separatismus ab. Es handelt sich nicht um Löffelholz, nicht um die Reichswehr und nicht um Bayern, sondern um den großen Kampf der marxistischen Internationalen gegen die deutsche christliche Weltanschauung. Hier müsse man wählen. Die Bayern seien die Streiter für die großen deutschen Gedanken.

Sachsen und das Reich.

Einsatz der Reichswehr.

Dresden, 20. Oktober. Der Befehlshaber des Wehrkreises IV, Generalleutnant Müller, hat folgende Bekanntmachung an die Bevölkerung erlassen:

„Seit Wochen gestalten sich die wirtschaftlichen und Ernährungsverhältnisse im Freistaate Sachsen täglich schwieriger und bedrohlicher als sonst im Reiche. Wederwohl? Unter Drohung mit Gewalttätigkeiten erfolgen Eingriffe in die Gütererzeugung und die Bewirtschaftung der Lebensmittel. Die Tätschlichkeiten richten sich in gleicher Weise gegen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Arbeitswillige werden aus den Werkstätten herausgeholt und von ihren Arbeitsstellen ferngehalten. Von den Arbeitgebern werden Geldsummen erpreßt, die sie nicht mehr bezahlen können. Die Hergabe von Lebensmitteln wird in gleicher Weise erzwungen. Hierdurch muß sich die Volksnot ins Unerträgliche steigern.“

Die Wirtschaftskreise außerhalb Sachsen haben zum Freistaat Sachsen das Vertrauen verloren. Dies zeigt sich in der Ablehnung der Anlaufung und Abwicklung von Geschäftsbedingungen. Der auswärtige Kaufmann und Handwerker sträßt sich, Lebensmittel zu liefern, der sächsische Käufer, sie zu beziehen, aus Furcht, sie könnten durch eigenmächtigen und gewaltsamen Eingriff der Verteilung im ordnungsmäßigen Geschäftsbetrieb entzogen werden.

Dieses wirtschaftliche Chaos ist gewollt! Von wem? Von denen, die aus Eigennutz das schwergeprüfte Volk nicht zur Ruhe kommen lassen wollen, die in ihnen, durch die Not zur Verzweiflung Getriebenen, geflügelte Werkzeuge ihrer dunklen Pläne zu finden hoffen. Welches sind diese Pläne? Die Befestigung der verfassungsmäßigen Gleichheit aller Volksgenossen vor den Gesetzen und die gewaltsame Aufrichtung der Vorherrschaft einer Klasse! Dieses Ziel war mit ihren Worten ausgesprochen worden. Ein kommunistisches Mitglied der sächsischen Regierung hat unter dem Schuh der Immunität diese Bestrebungen nicht nur gutgeheissen, sondern öffentlich sich zu ihnen bekannt und zu ihrer Durchführung aufgefordert. Solches Verhalten ist Hochverrat gegenüber dem Reiche. So erwächst dem Lande und bei den Aufrührern der irriktive Glaube, als stünde die sächsische Regierung hinter den Aufrührern.

Ihre verantwortungsvollen Aufgabe gegenüber allen Schichten des Volkes wohlbewußt, hat sich die Reichsregierung entschlossen, durch Einsatz von Truppen der Ordnung zur Schaffung. Ich bin mit der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen beauftragt. Sie richten sich nicht gegen das werktätige Volk, sie richten sich gegen die, welche das Volk durch Drohungen und Gewalt in der freien Veräußerung seines Arbeitswillens hinderten. Sie richten sich gegen die, welche mit Waffengewalt unter langerem Vorzeichen, die Gründungsfesten der republikanischen Reform zu schützen, die Vorherrschaft einer Klasse erkämpfen wollen und damit die Grundlage der demokratischen Republik zerstören. Wer

Mark und Dollar am 22. Oktober

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

100 p. M. = 100 000 000 d. M.

1 Dollar = 37 000 000 000 d. M.

Warschauer Börse

1 000 000 d. M. = 50 p. M. 1 Dollar = 178 000 p. M.

sich der Durchführung der für nötig erachteten Maßnahmen mit Waffengewalt entgegenstellt, wer mit Waffen plündert und so die Grundlage der Ernährung untergräbt, läuft Gefahr, erschossen zu werden.

Ich vertraue auf die Mitwirkung aller verfassungstreuen und besonnenen Kreise der Bevölkerung. Sie in jeder Beziehung zu schützen, die Schwierigkeit der Ernährungslage zu beheben, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, soll meine vornehmste Aufgabe sein. Die Truppen bringen eigene Verbiegung mit, sie werden hinsichtlich dieser der Bevölkerung in keiner Weise zur Last fallen. Die notwendigen Maßnahmen werden die mit der militärischen Leitung an Ort und Stelle betrauten Befehlshaber in meinem Auftrage erlassen und durchführen.

Dresden, 20. Oktober 1923.

Der Militärbefehlshaber des Wehrkreises IV,
gez. Müller, Generalleutnant.

Bruch mit Frankreich?

Endgültige Einstellung der Reparationen

Von einer mit den politischen Absichten des Reichskanzlers durchaus vertrauten Seite wird dem „Berl. Börsen-Courier“ geschrieben: Wir stellen somit endgültig jegliche Reparationslieferungen und jegliche Reparationszahlungen an Frankreich ein und sind uns der Konsequenz vollaus bewusst, daß diese uns durch die äußerste Notdictierte Maßnahme wahrscheinlich den Bruch mit Frankreich bedeuten wird. Ein Bruch schon vor drei Wochen hätte bedeutet, daß wir die ganze Entwicklung seit der Einstellung des passiven Widerstandes vorweggenommen, daß wir dem französischen Ministerpräsidenten die Verantwortung für den Bruch abgenommen hätten. Jetzt haben wir Poincaré dazu gezwungen, Farbe zu bekennen. Jetzt weiß alle Welt, jetzt wissen auch die übrigen Alliierten, daß Frankreich keine Reparationen, keine Verständigung, sondern die Vernichtung des Deutschen Reiches sich zum Ziel gesetzt hat. Jetzt müssen auch die übrigen Alliierten Farbe bekennen, ob sie auch dieses Ziel Frankreichs billigen und ob sie es unterstützen, gleichgültig, ob aktiv oder passiv. Die übrigen Alliierten werden um so eher Gelegenheit haben, ihre wahre Einstellung gegen Deutschland, ihren Friedensgedanken, zu zeigen, da Deutschland in Kürze gegen uns gehen wird, auch bei den Mächten die Reparationsleistungen einzustellen, die bisher noch beliefert worden sind.

Die Arbeitsgemeinschaft der nordwestlichen Gruppe der rheinisch-westfälischen Metallindustrie trat Donnerstag zu einer Sitzung zusammen. Es wurde mitgeteilt, daß die Unternehmer mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage folgendes beabsichtigen: Fristlose Entlassung von Angestellten und Arbeitern, Kündigung von folgenden zum nächsten Termin und Verkürzung der Arbeitszeit (auf Kurzarbeit). — Die Betriebsräte wandten sich grundsätzlich gegen die Entlassungen, da sie die Arbeitsgemeinschaft als nicht mehr bestehend ansehen, und erhoben gegen den Beschluss der fristlosen Entlassung deshalb Einspruch, weil diese gegen die Bestimmungen der gültigen Demobilisierungsverordnungen verstößen.

Am 20. Oktober hat die Reichsregierung ihre Unterstellungen an das Ruhrgebiet einzustellen müssen. Da gleichzeitig die unmöglichen, wirtschaftlichen Bedingungen Poincaré die Großindustrie zum Erliegen bringen und damit alle von Deutschland bis zum Einmarsch ins Ruhrgebiet gutwillig gezahlten Reparationen zerstören, droht dem Ruhrgebiet eine wirtschaftliche und soziale Krise, die ganz Mitteleuropa in Misere und Elend ziehen muß.

Bor dem Orkan.

Ein Warnungsruf Lloyd Georges.

Vor einer riesigen Versammlung in Chicago legte Lloyd George des näheren Englands Standpunkt in der Reparationsfrage dar. Nachdem er Deutschland bisher geleistete Zahlungen beschrieben hatte, wobei er sich gegen den Vorwurf der Deutschfreundlichkeit verwahrt, sagte Lloyd George: „Wenn die gegenwärtige französische Politik fortgesetzt wird, so sage ich vorans, daß es keine weiteren Reparationszahlungen gibt, sondern an ihrer Stelle eine Revolution von 60 Millionen Deutschen. Zum äußersten getrieben, werden sie jeden sich bietenden Ausweg einschlagen. Ich sehe einen Orkan kommen, und wenn der Steuermann nicht den gegenwärtigen gefährlichen Kurs ändert, so ist ein Schiffbruch unvermeidlich. Lloyd Georges Warnungsruf erregte große Aufsehen und fand allgemeine Zustimmung in der Chicagoer Presse, die lediglich dagegen Einspruch erhob, daß Lloyd George sich in dem größtmöglichen Teil von Deutschen bewohnten Chicago gegen den Vorwurf der Deutschfreundlichkeit verwahrt.

Ein deutscher Brief.

Fritz Thyssen an Degoutte.

Fritz Thyssen, der bekannte Großindustrielle, der kurz nach Beginn der Ruhraktion von den Franzosen widerrechtlich verhaftet wurde, hat an General Degoutte folgendes Schreiben gerichtet:

Herr General! Nachdem ein Beauftragter der französischen Ingenieur-Kommission an die Direktion der Aktiengesellschaft für Hüttenbetrieb mit der Anregung herangetreten ist, Verhandlungen mit der französischen Behörde, ähnlich wie dies andere Industrielle getan haben, über die Wiederaufnahme des Betriebes zu führen, beehre ich mich, Ihnen an Stelle meines Vaters, der mir infolge seines hohen Alters die volle Vertretung beauftragt und die volle Verantwortung übertragen hat, folgendes mitzutun:

Ich bin als Privatmann nicht berechtigt, mit dem Vertreter einer fremden Macht über eines der wichtigsten Rechte eines souveränen Staates, nämlich über das Recht der Belagerung, zu verhandeln und sogar den Betrag der Steuer an einen fremden Staat abzuführen. Selbst wenn ich angebe, daß von der augenblicklichen deutschen Regierung zu der Frage der Rechtmäßigkeit der Ruhrbelagerung, die sogar von alliierter Seite bestritten wird, aus mir unbekannten Gründen nicht mit der nötigen Klarheit Stellung genommen wird, so würde ich meine Pflichten als deutscher Staatsbürger aus grundsätzliche verlegen, wenn ich den klaren Pflichten einer deutschen Regierung aus anderen als nationalen Gründen die geringsten Schwierigkeiten bereiten wollte.

Wenn ich ferner unterstelle, daß es eine deutsche Regierung gäbe, die inoffizielle Verhandlungen ihrer Untertanen über Hoheitsrechte des Staates billigen würde, so müßte ich mein Pflichtgefühl als Deutscher vor das Pflichtgefühl meiner Regierung stellen und jede Verantwortung für solche Verhandlungen mit einer fremden Macht ablehnen, für die nur die deutsche Regierung selbst verantwortlich sein kann und wofür sie der Nation Rechenschaft zu geben schuldig ist."

Nachdem Fritz Thyssen im Fortgang seines Briefes die wirtschaftlichen Vorschläge der französischen Ingenieurkommission einer vernichtenden Kritik unterzogen hat, schließt er seine Ausführungen mit folgenden Sätzen: "Ich würde meine Pflicht versäumen, wenn ich Sie nicht auf den furchtbaren

Ernst der augenblicklichen Situation

aufmerksam machen würde. Die Industrie des Ruhrgebietes ist durch eine neunmonatliche Lahmlegung der Wirtschaft derartig erschöpft, daß, wenn nicht in kürzester Zeit sich die Möglichkeit für die Wiederaufnahme eines wirtschaftlichen Betriebes ergibt, die Schließung der Werke die unaufliebliche Folge ist.

Ich möchte Sie, Herr General, ohne auf Einzelheiten einzugehen, auf den Ernst der Situation hingewiesen haben und feststellen, daß, nachdem der passive Widerstand aufgehört hat, die Verantwortung für die voraussichtlich in kürzester Zeit eintretende Schließung der Werke und die sich hieraus ergebenden Folgen ausschließlich die französische Behörde trifft, die die Möglichkeit wirtschaftlich zu arbeiten verhindert. Kein seiner Verantwortung bemühter Werkleiter wird sich finden, der unter wirtschaftlich unmöglichen Bedingungen zu arbeiten versucht, es sei denn, daß er von Erwagungen ausgeht, die ich nicht übersehen kann, die aber jedenfalls mit einer Wirtschaft, wie ich sie als ordentlicher Kaufmann verstehe, nicht zu tun haben.

Ich habe Ihnen, Herr General, ganz offen meine Meinung gesagt und hoffe bei Ihnen als Offizier dafür Verständnis zu finden.

In dieser Erwartung zeichne ich mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung * ges. Fritz Thyssen.

Der Freund.

Die Zentralkommission der polnischen Fachverbände richtete an das Arbeitsministerium in der Angelegenheit der sich in Frankreich aufhaltenden polnischen Arbeiter eine Denkschrift, in der es u. a. heißt:

"Wir verlangen eine sofortige Intervention bei den französischen Behörden in der Angelegenheit der überaus rücksichtslosen und mit den Dienstverträgen im Widerspruch stehenden Behandlung der polnischen Landarbeiter in Frankreich, die 16 Stunden täglich arbeiten müssen, dabei äußerst schlecht bezahlt und schlecht aus Frankreich ausgewiesen werden, da sie es unter solchen unmenschlichen Bedingungen nicht aushalten können. Wir fordern die Abänderung der Bedingungen des gegenwärtig vertraglichen Dienstvertrages für polnische Landarbeiter in Frankreich. Wir verlangen schließlich eine anständige Behandlung der polnischen Arbeiter in der Emigrantenzentrale in Toul, von wo unaufhörlich Klagen der Arbeiter über die Praktiken der französischen Behörden laut werden."

Die Zahl der polnischen Bergarbeiter in Frankreich beträgt gegenwärtig 22 Proz. der Gesamtzahl der französischen Bergarbeiter. Amtlichen französischen Feststellungen zufolge beträgt die Zahl der in diesem Jahre aus Polen nach Frankreich eingewanderten Personen 20.000.

Die deutschen Ansiedler polnischer Staatsangehörigkeit.

Interpellation

des Abgeordneten Daczko und anderer Abgeordneter der deutschen Vereinigung im Sejm an den Herrn Minister für Agrarreform (M. Reformy Rolne) und Justizminister betreffend Aussiedlung der Emigranten und Emigrationsklagen gegen Ansiedler deutscher Nationalität, die das polnische Staatsbürgerschaft besitzen.

Trotz der Entscheidung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag und des Völkerbundrats nehmen die Emigrationsklagen gegen Ansiedler, die die Auflösung nach dem 11. November 1918 erhalten haben und das polnische Staatsbürgerschaft besitzen, ihren Fortgang. Am 6. Oktober d. J. ist beim Bezirksgericht in Konitz die Verurteilung eines solchen Ansiedlers auf Räumung seiner Rentenstelle erfolgt und am 26. Oktober d. J. finden neue Termine in diesen Angelegenheiten statt. Sie betreffen nachstehende Fälle:

In Obrówko, Kreis Tuchel, sind schon seit einigen Menschenaltern acht Kleinbauern angesiedelt, die nicht mehr als ein Häuschen und ein Gärtnchen von ungefähr $\frac{1}{4}$ Hektar besitzen. Die preußische Ansiedlungskommission hat diesen Kleinbauern $\frac{1}{4}$ Morgen Land auf sechs Jahre verpachtet, und zwar bis zum Jahre 1918 mit dem Rechte des Pachtvertrags, d. h. daß sie nach Ablauf der Pachtzeit das Recht haben werden, dieses Land als Rentenansiedlung zu erwerben. Infolge des Weltkrieges konnte man den Kauf dieses Landes nicht durchführen, deshalb wurde die Pachtzeit auf ein Jahr verlängert und erst im Jahre 1919 wurde die Pachtung in eine Rentenansiedlung verwandelt und die Auflösung erzielt. Auf dem angekaufsten Lande haben die Ansiedler zum

Teil Wirtschaftsgebäude auf eigene Kosten gebaut. Jede Ansiedlung besitzt zwei Hypothekennummern, die ehemalige Nummer für das Haus und die neue für die zugekauften Parzelle. Das Landamt reicht gegen diese Personen die Emotionsklage ein, in einigen Fällen hat das Bezirksamt in Konitz zuungunsten der erwähnten Kleinbauern entschieden.

Wir fragen die Regierung, insbesondere den Herrn Agrarminister und Justizminister hiermit an:

1. Sind der Regierung diese Fälle bekannt?
2. Ist sie bereit, daß sämliche Gerichtsverfahren dieser Art sofort eingestellt werden und Exmissionsklagen dieser Ansiedler unterbleiben?
3. Wird sie den in Frage kommenden Ansiedlern für die ihnen durch das Gerichtsverfahren bereits entstandenen Kosten Schadenerstattung leisten?

Die Interpellanten.

Das ganze Deutschland soll es sein!

Bromberg, 21. Oktober.

Wie wir aus deutschen und polnischen Quellen erfahren, haben am Freitag, 19. Oktober, nicht nur in unserem Gebiet Massenabschaffungen bei deutschen Bürgern und Organisationen stattgefunden, man hat auch im Kongresspolen, Galizien und Oberösterreich eine gleiche Stellung genommen wird, so würde ich meine Pflichten als deutscher Staatsbürger aus grundsätzliche verlegen, wenn ich den klaren Pflichten einer deutschen Regierung aus anderen als nationalen Gründen die geringsten Schwierigkeiten bereiten wollte.

Wir sind der Überzeugung, daß dieses Material an keinem Ort und in keinem Hause unserer Republik gefunden wird, in dem Deutsche wohnen. Wo nichts ist, hat — nach dem Sprichwort — nicht nur der Kaiser, sondern auch die ungerechte Beschuldigung ihr Recht verloren. Wir kommen noch eingehend auf diese politische Maßnahme unserer Regierung zurück und wollen ihr heute nur öffentlich unseren Dank dafür aussprechen, daß sie durch diesen Akt des Missbrauchs einer friedlichen Minderheit gegenüber, das deutsche Volkstum in allen Teileigkeiten der Republik in eine nur noch engere Gemeinschaft zusammengefloßen hat. Der 19. Oktober 1923 wird in der Geschichte des Deutschlands in Polen ein wichtiger Tag bleiben; man hat es vor trefflich verstanden, die Kolonisten und Handwerker, die Arbeiter und Kaufleute, die ganze deutsche Minderheit, die mit reinem Gewissen das Erbe ihrer Väter zu wahren weiß, an die heilige Gemeinschaft des Blutes und des Leidens zu erinnern.

Vor der Rekonstruktion des Kabinetts?

Warschau, 19. Oktober. Der „Kurjer Ilustrowany“ meldet: Das Ergebnis der letzten Abstimmung über das Vertrauensvotum wurde in allen Parteien des Sejm lebhaft erörtert. In eingeweihten Kreisen erklärt man, daß das Vertrauensvotum durchaus nicht die Frage der Rekonstruktion des Kabinetts beeinflußte. Die Opfer dieser Rekonstruktion würden in erster Linie sein die Minister des Auswärtigen und der Finanzen. In diesem Sinne ist speziell die Christliche Demokratie tätig, deren Hauptvorstand einen Wechsel in diesen beiden Stellen erstrebt. Als Nachfolger Kucharski wird der frühere Finanzminister Michałski von der Christlich-Demokratie vorgeschlagen.

Von anderer Seite wird gemeldet, daß auch der Kultusminister Gąbiński in die Wüste geschickt werden solle.

Die Abstimmung über das Vertrauensvotum.

Für das Vertrauensvotum stimmten die Nationaldemokraten, die Christlich-Nationalen, die Christlich-Demokraten, der „Piast“ und die Katholische Volkspartei, im ganzen 208 Stimmen. Gegen das Vertrauensvotum die nationale Arbeiterpartei, die Wyżwolonegruppe, die Sozialdemokraten, einige kleinere Gruppen der Linken und die nationalen Minderheiten. Im ganzen 191 Stimmen. Hätten auf beiden Seiten alle Abgeordneten gestimmt, dann wären für das Vertrauensvotum 20 Stimmen mehr abgegeben worden, gegen das Vertrauensvotum 29 Stimmen mehr.

Vajda über das Steigen der Getreidepreise

Der außerordentliche Kommissar zur Bekämpfung der Teuerung Herr Vajda äußerte sich in einer Unterredung mit der „Gaz. Por.“ über das Steigen der Getreidepreise in der letzten Zeit wie folgt:

Das Fallen der Preise für Getreide im August und Anfang September war dadurch verursacht, daß die Spekulanten keine Käufe tätigten, da sie nicht sicher waren, ob die Ausführbarkeit bestehen bleibt. Gleichzeitig war das Angebot beträchtlich, da die Landwirte zur Bezahlung ihrer Leute Geld brauchten. Das Steigen der Preise begann, als die Intendanturen auf eigene Faust zu kaufen begannen und die Landwirte wegen der beginnenden Kartoffelernte nichts zu Markt brachten. In der Zeit des starken Preissfalls der Mark zögerten wieder die Landwirte mit dem Verkauf, um sich gegen den Markturst zu schützen. Gleichzeitig kam die Entscheidung über die Ausfuhr von 10.000 Waggons Getreide, und da stiegen die Preise um das Dreifache und darüber.

Trotsky als Prophet.

Im kommunistischen Club in Moskau hielt Trotsky eine Rede, deren Schluß lautete:

Langsam aber sicher nähern wir uns einer allgemeinen Revolution in Europa. In dieser Stunde stehen wir an der Schwelle einer solchen Revolution und müssen unsere inneren Misverstndnisse und Streitigkeiten vergessen. Diese Misverstndnisse sind übrigens nur die Folge einer mangelhaften Aufklärung über die Hauptgrundzge unseres politischen Denkens. Wenn ihr sechs Jahre ohne Bedenken euren Führern gefolgt seid, so müßt ihr jetzt am Vorabend großer historischer Ereignisse mit noch tieferem Glauben als 1917 euch um diejenigen scharen, die euch führen, und müßt alle eure Kraft anspannen, um dem europäischen Proletariat die Hilfe zu bringen, die ihm den letzten Sieg sichert."

Die sich so oft wiederholenden Reden dieses Apostels des Bolschewismus haben weniger den Zweck, die Welt für den Bolschewismus zu erobern, als vielmehr die Macht der moskowitischen Tyrannen zu festigen.

Die estländischen Blätter berichten von umfangreichen militärischen Vorfahrten Sowjetrusslands im Hinblick auf einen Umsturz in Deutschland. Die Streitkräfte an der ukrainisch-polnischen Grenze werden danach verstrkkt. In die ukrainisch-polnische Grenze wurden drei Infanteriedivisionen, nach Minsk zwei Infanteriedivisionen und eine Kavalleriedivision geworfen. Es sei in Moskau beschlossene Sache, den deutschen Kommunisten bei der ersten Aufforderung zu Hilfe zu eilen.

Republik Polen.

Eine Abordnung der Eisenbahnmärschisten beim Ministerpräsidenten.

Warschau, 20. Oktober. (PAT.) Am Freitag empfing der Präsident des Ministerrates eine Delegation des Verbandes der Eisenbahnmärschisten, die ihm ihre Wünsche unterbreitete. Der Ministerpräsident erklärte der Abordnung, die Regierung würde die Forderungen prüfen und sie erfüllen, wenn dies die Lage des Staatschubes zuließe.

Vom Schlesischen Sejm.

Kattowitz, 20. Oktober. Die Krise wegen des Mitritts des Sejmmarschalls Wolin ist noch nicht beigelegt. Es wird weiter verhandelt. Am nächsten Montag nachmittag findet wiederum eine Sitzung des Senatorenkongresses statt, in welcher wohl die endgltige Entscheidung fallen wird.

Um die allgemeine Wehrpflicht.

Der Heeresausschuss des Sejm setzte die Beratung über den Gesetzesentwurf betr. die allgemeine Wehrpflicht fort. Besprochen wurden die Artikel, die die Vergunsitungen betreffen. Angenommen wurde der Grundtext einer verkürzten Dienstzeit (die jedoch nicht weniger als fünf Monate betragen darf) für Heerespflichtige, denen ein Anspruch auf Vergunsistung zu kommt wird. Diesen Anspruch sollen nur erwachsene Erwachsene ihrer Eltern oder verwitwete Familien haben sowie Besserer kleinerer Landwirtschaften, die ihre Vergunsistung selbst verwalten. Eine längere Aussprache rief der Artikel 58 hervor, der die Rückstellung von Studenten, Seminaristen und Bologingen von Rabbinerschulen betrifft. Der Artikel wurde dem Unterausschuss überwiesen.

Die staatlichen Getreideinkäufe.

Der Finanzminister wies 60 Milliarden Mark an zum weiteren Einkauf von Getreide durch das Hauptnahrungsmittelamt in Posen zwecks Erhhung der sogenannten staatlichen Getreidereserve.

Die Zahl der Verwundeten

bei der Katastrophe in der Warschauer Befreiungswelle hat der Chef des Sanitätswesens General Bielschowski der „Gaz. Pozn.“ wie folgt angegeben: Die militärischen Sanitäter haben an Ort und Stelle Hilfe geleistet 302 Personen, darunter 19 Offiziere, 289 Soldaten und 185 Zivilisten. In den militärischen Spitälern wurden 158 Opfer der Katastrophe aufgenommen, und zwar 4 Offiziere, 104 Soldaten und 50 Zivilisten. Darunter waren schwer verwundet 35, leicht 128.

General Josef Haller hat sein Abgeordnetenmandat (für den Bezirk Warschau) niedergelegt. An seine Stelle tritt Gymnasialdirektor Kazimierz Kujawski.

Die polnisch-Danziger Verhandlungen, die am Sonnabend und Sonntag über Ein- und Ausfuhrfragen in Warschau stattfanden, werden dieser Tage in Danzig fortgesetzt.

Wie aus Warschau gemeldet wird, werden in der nächsten Zeit die deutsch-polnischen Verhandlungen über den Transitverkehr von Deutschland durch Polen wieder aufgenommen werden.

Pilsudski mußte die für Sonntag beabsichtigte Reise nach Krakau wegen Erkrankung verschieben. Die angekündigten Vorträge wird er später abhalten.

Aus anderen Ländern.

Lloyd George als Sioux-Hauptling.

In einer Rede bei einem ihm an Ehren veranstalteten Frühstück in Minneapolis wiederholte Lloyd George seine Aufforderung an die Vereinigten Staaten, Europa bei der Wiederherstellung des Friedens zu helfen. Er verzweifte an der Zukunft, solange Amerika dies nicht tut. Lloyd George wurde während des Essens feierlich seine Ernennung zum Ehrenmitglied des Sioux-Stamms mitgeteilt.

Keine Rundschau.

* Ein Papstpalast als Altersheim. Der historische Papstpalast zu Castel Gandolfo in der Nähe von Rom, der von Urban VIII. erbaut wurde und durch Jahrhunderte die Sommerresidenz der Päpste war, wird jetzt in eine Art Altenheim für kirchliche Würdenträger umgestaltet. Papst Pius XI. hat in verschiedenen Fällen beobachtet, daß Bischöfe und andere Kirchenfürsten, die ihre Jugend und青春 Kraft der Sache der Kirche gewidmet haben, im Alter in Not und Dürftigkeit leben müssen. In dem Wunsche, diesen Veteranen der Kirche zu helfen, beschloß er, den wunderbaren Palast von Castel Gandolfo, der hoch über dem albanischen See liegt, zu diesem Zweck zu verwenden. Das erste und dritte Stockwerk des Hauses werden jetzt für kirchliche Würdenträger eingerichtet, die sich wegen Alters oder Krankheit von ihrer Arbeit zurückziehen müssen. Das zweite Stockwerk wird die päpstlichen Gemächer enthalten, die für den Fall bereit stehen, daß der Papst einmal den Vatican zu einem Sommerraum enthalten sollte.

Beraltet und irrig

Ist die Meinung, daß ein guter Kaffee nur aus Bohnenkaffee hergestellt werden kann; gerade das Gegenteil ist der Fall: ein wirklich guter, kräftiger, vollschmeckender und nahrhafter Kaffee kann nur durch Beimischung eines erstklassigen Kaffee-Zusatzes erzielt werden. Als solcher gilt der altbewährte „Aechte Frank“ — deshalb nehmen Kenner seit vielen Jahrzehnten nur die Erzeugnisse mit der Kaffeemühle der Firma Heinrich Frank Söhne.

Stadtverwaltung und Gasanstalt.

In der letzten Bromberger Stadtverordnetensitzung stellte sich die befremdliche Tatsache heraus, daß die hohen Gaspreise, die wir jetzt zu zahlen haben, darauf zurückzuführen sind, daß die Gasanstalt die eine Milliarde Mark, die ihr durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung im Juni zur Verfügung gestellt worden war, um sich rechtzeitig, d. h. so lange die Preise noch erträglichen waren, mit größeren Kohlenvorräten für die Herbst- und Wintermonate zu versehen, gar nicht zu Gesicht bekommen hatte, folglich auch keine Kohle dafür hatte besorgen können, da der Magistrat die genannte Summe zu anderen Zwecken, nämlich zur Auszahlung der fälligen Gehälter und Löhne, verwandt hatte. Dass diese Aufklärung nicht nur in der Stadtverordnetenversammlung, sondern auch in der gesamten Bürgerschaft peinliche Überraschung hervorrief, ist kein Wunder; haben wir alle es doch dieser Maßnahme zu verdanken, daß wir jetzt für den Gasverbrauch große Summen zu bezahlen haben, die zu einem beträchtlichen Teile hätten erspart werden können, wenn nach den Dispositionen vom Juni verfahren worden wäre. Wie groß der Schaden ist, den jede einzelne Haushaltung durch die Maßnahme des Magistrats erleidet, kann man sich ungefähr ausrechnen, wenn man die Kohlenpreise vom Juni mit den heutigen und den vielleicht noch höheren künftigen vergleicht. Im Juni war der Preis etwa 20 000 Mark und heute beträgt er 125 000 Mark je Zentner.

Dass die Stadtverordnetenversammlung angesichts der befremdlichen Entwicklungen in der Sache sofort Maßnahmen ins Auge fasste, um sich wenigstens in der Zukunft gegen derartige peinliche Überraschungen zu schützen, ist durchaus begreiflich. Aber uns will scheinen, als ob man in der ersten Stunde drauf und dran war, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Es wurde nämlich den Berichten über die Sitzung aufgezeigt, die Gasanstalt vom Magistrat unabhängig zu machen, und der Magistrat wurde aufgefordert, schon für die nächste Sitzung eine entsprechende Vorlage der Stadtverordnetenversammlung zu unterbreiten. Wir sind weit davon entfernt, den Magistrat wegen seiner Bürgerschaft schädigenden Maßnahme in dieser Sache in Schutz zu nehmen, aber der in der Stadtverordnetenversammlung vom 11. d. M. in Sachen der Gasanstalt gefasste Beschluß ist eine barer Unmöglichkeit; er würde, wenn er überhaupt ausführbar wäre, was er aber in keiner Weise ist, die Städteordnung und die Stadtverwaltung geradezu auf den Kopf stellen. Wie stellt man sich denn diese Sache vor? Soviel wir wissen, ist die Gasanstalt ein Vermögensstück der Stadt, und zwar ein sehr wichtiges, denn die Gasanstalt brachte in den normalen Wirkungszeiten sehr erhebliche Überschüsse. Wenn man dieses Vermögensstück der Disposition des Magistrats, d. h. der Stadtverwaltung, entzieht – wie will man denn dann die Sache vermögensrechtlich und verwaltungstechnisch ordnen? Will man die Gasanstalt etwa in eine Aktiengesellschaft umwandeln?

Wir lassen die Frage nach der Zweckmäßigkeit einer solchen Maßnahme völlig beiseite – daß eine solche Sache nicht einfach durch einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung geregelt werden kann, dürfte doch wohl den Urhebern dieser Idee klar sein. Wenn aber eine Aktiengesellschaft oder ein anderes privates Unternehmen nicht in Frage kommt, auf welche Weise will man dann den Magistrat aus der Verwaltung der Gasanstalt ausschalten? Wenn man die Besitzverhältnisse überführt lässt, was doch die Antragsteller vermutlich wollen, so gibt es keine Möglichkeit, den Magistrat auszuschalten. Macht man den Leiter der Gasanstalt selbstständig und vom Magistrat unabhängig, so würde man neben dem schon bestehenden Magistrat einen neuen in verkleinertem Format schaffen, was ein Unding ist. Wenn ein solches Verfahren möglich wäre, dann könnte die Stadtverordnetenversammlung heute die Gasanstalt, morgen das Schlachthaus und übermorgen das Dia-kontrollenhaus usw. selbstständig machen und so den ganzen bisher einheitlichen Organismus der Stadtverwaltung in einzelne Teile zerreißen. Dann gäbe es aber keine einheitliche Stadtverwaltung mehr, sondern ein Nebeneinander von Verwaltungen, was mit der Städteordnung selbstverständlich unvereinbar ist.

Die Stadtverordnetenversammlung hat mit den einzelnen Verwaltungsressorts nichts zu tun – abgesehen von der Feststellung der Einstellung derselben –, sie hat deren Leitern auch keine Anweisungen zu geben, wie sie mit der Stadtverwaltung an sich nichts zu tun hat. Das ist lediglich Sache des Magistrats resp. des Stadtpräsidenten, der jederzeit befugt ist, die Deputationen selbstständig zu befehlen resp. Anderungen darin vorzunehmen. Die Stadtverordnetenversammlung ist Kontrollinstanz des Magistrats, welch letzterer ihr über den Gang der Verwaltung Rede und Antwort zu stehen hat, wenn dies durch Beschluß erforderlich wird, aber den Magistrat aus der Verwaltung eines städtischen Besitzes ausschalten – das kann sie nicht, und das würde sich der Magistrat sicherlich auch nicht gefallen lassen.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 22. Oktober.

Um den Brotzeit.

Bekanntlich ist kürzlich der Preis für das Dreipfundbrot, ohne daß die übliche Bekanntmachung durch Anzeige ersungen wäre, von 35 000 Mark auf 40 000 Mark heraufgesetzt worden. Am Freitag nachmittag nun erschien in den

Bäckerläden Polizeibeamte und verlangten, daß das Brot für 36 000 Mark verkauft werde, was denn auch mit solchem Erfolge geschah, daß am Sonnabend in den Nachmittagsstunden fast überall das Brot ausverkauft war. Am gleichen Tage nachmittags hielt die Bäckerinnung eine Versammlung ab, um in der Angelegenheit Beschuß zu fassen, wobei auch die Frage erörtert wurde, gegebenenfalls die Arbeit einzustellen. Vorerst wurde aber beschlossen, das Ergebnis der für den heutigen Montag angesetzten Verhandlungen zwischen den Bäckermeistern und den städtischen Behörden abzuwarten. Bei diesen Verhandlungen bildet den wesentlichen Punkt die Forderung der Bäckermeister auf Bewilligung eines Brotpreises von 44 000 Mark, also Erhöhung um 4000 Mark.

Wenn diese Verhandlungen bis heute nachmittag 4 Uhr nicht zu einer Einigung führen, dann soll – wie uns mitgeteilt wird – in einer heute nachmittag stattfindenden Versammlung der Bäckerbetriebe Beschuß gefasst werden über eine etwaige Einstellung oder Einschränkung der Arbeit. – Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß im Interesse der ganzen Bürgerschaft die Verhandlungen Erfolg haben und eine schwere Krise in der Brotbeflieferung vermieden wird.

S Zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs hat die Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa im Einverständnis und nach Einwilligung des Finanzministeriums beschlossen, den Inhabern von Girokonten in der P. K. K. P. oder ihren Filialen sog. Verifikations-Schecks auszustellen, welche die Klienten bei Zahlung von Steuern und anderen Gebühren in denjenigen Kassa Skarbowe verwenden können, welche am Sitz der Filialen tätig sind. Die Verifikation der blanken Girochecks besteht nach dem "Monitor Polski" vom 2. Oktober in folgendem Verfahren: Der Inhaber eines Girokontos in der P. K. K. P., welcher in der Kassa Skarbowe eine Zahlung zu leisten hat, stellt auf die betr. Summe einen Blanko-Girocheck aus und präsentiert diesen in der Filiale der P. K. K. P. Diese vermerkt auf dem vorgelegten Scheck „verifierte“, versieht ihn mit dem Datum und Namenszügen, vermerkt entsprechend im Girokonto des Klienten und händigt ihm sodann den Scheck ein, welchen die Kassa Skarbowe gleichwertig als Bargeld annimmt.

S Gemeindejubiläum. Aus Schirokken (Sierock), Kr. Schweidnitz, wird uns berichtet: Am gestrigen Sonntagnachmittag feierte die evangelische Gemeinde das Fest ihres 150 jährigen Bestehens. Am Vorabend stand unter Mitwirkung geschärfster Bromberger Kräfte eine musikalische Erbauungsstunde statt, auf die Leitmotive gestimmt: „Rufe mich an in der Not, so will ich dich erretten und du sollst mich preisen.“ Zum Festgottesdienst waren Vertreter der umliegenden Gemeinden und die benachbarten Pastoren erschienen, und die Jubelgemeinde füllte wie am Vorabend die Kirche bis auf das letzte Plätzchen. Die Festpredigt hielt Herr Konzistorialrat Stamm in L.-Posen. Am Nachmittag schlossen Vorführungen der Jugendverbände unter Leitung des Ortspfarrers die würdige Feier ab, die für Herz und Gemüt aller Teilnehmer von nachhaltigstem Eindruck war.

S Weitere Tariferhöhungen bei der Eisenbahn und Post? Nach Meldung polnischer Blätter soll das Eisenbahoministerium beschlossen haben, die Tarife für Personen- und Güterverkehr ab 1. November um 100 Prozent zu erhöhen, also zu verdoppeln. Auch die Postverwaltung soll eine Verdopplung der erst am 15. Oktober neu festgesetzten Tarife in Aussicht genommen haben. – Bis heute war an der hierigen Amtsstelle darüber aber noch nichts bekannt.

S Ausweisung eines evangelischen Geistlichen. Der Pastor Kasten in Storchest, ein ehemaliger Missionar, hat, wie das „Pos. Tagebl.“ vom 20. d. M. meldet, vom Polenwohnen die Anweisung erhalten, bis kommenden Montag das Gebiet der Republik Polen zu verlassen. Die Ausweisung dieses Geistlichen hat bereits früher die Öffentlichkeit beschäftigt, da sie vor einigen Wochen vom Kreisstarosten bereits ausgesprochen und auch ausgeführt, auf eingeleigten Einspruch vom Polenwohnen wieder zurückgenommen war. Die schwieirige Ausweisung ist vom Polenwohnen angeordnet worden.

Handels-Rundschau.

Der Dollar wurde in Danzig, umgerechnet nach dem Stande der polnischen Mark, heute vormittag mit etwa 1 500 000 Polenmark berechnet.

Geldmarkt.

Die polnische Mark am 20. Oktober. Es wurden gezahlt für 100 Polenmark: in Danzig 1 295 750–1 808 250, Auszahlung Warschau 1 297 000–1 208 000; in Prag, Auszahlung Warschau 0,00032%; in New York, Auszahlung Warschau 0,000125; in Brüssel, Auszahlung Warschau 0,00052%.

Warschauer Börse vom 20. Oktober. Schecks und Umsätze: Belgien 60 680, Danzig und Berlin 0,00015, London 5 525 000 bis 5 860 000, New York 1 180 000, Paris 70 475, Prag 35 200, Wien 16,95, Schweiz 219 500–210 100, Italien 55 650. – Devisen (Auszahlung und Umsätze): Dollar der Vereinigten Staaten 1 177 000–1 178 000. Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 20. Oktober. Banknoten: 1 amerik. Dollar 18 952 500 Gold, 19 047 500 Brief, 100 polnische Mark 1 296 750 Gold, 1 803 250 Brief. Dl. Ausz.: 1 Pfund Sterling 119 700 000 Gold, 120 300 000 Brief. Befehlsfreier Scheck: Warschau 1197 Gold, 1208 Brief.

Die Landesdarlehnskasse zahlte heute für eine Million deutsche Mark 50,1 Goldmark 259 806, 1 Silbermark 110 490, 1 Dollar, große

Scheine 1 178 000, kleine 1 166 220, 1 Pfund Sterling 5 315 000, 1 franz. Franken 70 500, 1 Schweizer Franken 211 000, 1 Slov. Serie A 50 800, Serie B und C 145 000.

Zürcher Börse vom 20. Oktober. (Amtliche Notierungen.) Warschau 0,00052, New York 5,59%, London 25,28, Paris 33,35, Wien 0,007850, Prag 16,64, Italien 25,22%, Belgrad 28,80.

Aktienmarkt.

H. Giegelski T. A. in Posen. Die diesjährige Generalversammlung findet am 19. November 1923, vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaal der Bank Ształtu Spółecznego Jarosławskiego statt. Kapitalerhöhung auf 6800 Millionen. (M. p. 236.)

Mlyn w Miastku T. A. in Miastku, Kreis Wirsitz. Mit notariellem Akt vom 7. 8. 1923 ist obige Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 1 Milliarde Mdp. gegründet worden. Die Aufgabe der A.-G. besteht darin, einen modernen Mühlenbetrieb, gleichzeitig verbunden mit dem Handel von Getreide, zu betreiben. Das Aktienkapital ist von den Gründern übernommen worden. Mit dem Verkauf von Aktien ist die Bank Poznańska Bielska Kredytowa beauftragt worden. Diese Bank bietet die Aktie zu nom. 1000 Mdp. mit 20 000 Mdp. an. Es dürfen nicht unter 10 000 Mdp. nom. gezeichnet werden.

Pleszener Dampfmühle (Pleszewski Mlyn Parowny) T. A. Die Generalversammlung findet am 31. Oktober 1923, mittags 12 Uhr, im Sitzungssaal der Bank Poznańska Bielska Kredytowa statt. Kapitalerhöhung auf 70 Millionen Mdp. (M. p. 236.)

Waggons Ostrowo T. A. Die Waggon- und Maschinenfabrik Z. Bieleniewski in Krakau gibt bekannt, daß auf Beschuß der Generalversammlung vom 12. Mai 1923 die Firma „Waggons“ in Ostrowo von ihr erworben ist. Aus diesem Grunde wird bekanntgemacht, daß die Aktionäre der Firma „Waggons“ das Recht haben, Mitbesitzer der Firma Bieleniewski zu werden. Zu diesem Zweck werden die Aktien der Waggons in Ostrowo in Aktien der Firma Bieleniewski umgetauscht werden. Für 6 Aktien zu nom. 1000 Mdp. nom. der „Waggons“ wird eine Aktie zu nom. 1000 Mdp. zu Bieleniewski ausgegeben werden. Der Termin zum Umtausch läuft am 15. November 1923 ab.

Produktionsmarkt.

Amtliche Notierungen der polnischen Getreidebörsen vom 20. Oktober. (Die Großhandelspreise verkehen sich für 100 Kilogr.)

Doppelzentner bei sofortiger Lieferung 100 Kilogr. Roggen 1 350 000–1 450 000 M., Weizen 2 300 000–2 500 000 M., Gerste 1 200 000–1 300 000 M., Brauereigerste 1 700 000–1 800 000 M., Hafer 1 100 000–1 200 000 M., Roggenmehl 2 450 000–2 550 000 M., Weizennmehl 4 000 000–4 300 000 M. (inl. Säde), Roggenkleie 700 000 M., Weizenkleie 750 000 M., Kartoffelkleie 290 000–310 000 M., Fabrikkartoffeln 290 000–310 000 M. – Die Marktage war im allgemeinen unverändert. – Tendenz: nicht einheitlich.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer in der Zeit vom 18. Oktbr. bis 20. Oktbr. (Großhandelspreise für 100 Kilogr.) Weizen 2 300 000–2 450 000 M., Roggen 1 300 000–1 450 000 M., Huttergerste — bis — M., Brauergeste 1 600 000–1 800 000 M., Felderbiel — bis — M., Vittoriaerbei — bis — M., Hafer 1 150 000–1 200 000 M., Fabrikkartoffeln — bis — M., Speisefkartoffeln 350 000–400 000 M., Weizennmehl 70% (inl. Säde) — M., Roggenmehl 70% (inl. Säde) 2 450 000–2 600 000 M., Weizenkleie — M., Roggenkleie 700 000 M., bis 750 000 M.

Danziger Getreidenotierung (amtlich) vom 20. Oktober. Weizen 1,80–1,45 Dollar, Roggen 0,85–0,92% Dollar, fester, Gerste 1,15 bis 1,25–1,30 Dollar, Hafer 0,80–0,85 Dollar.

Berliner Produktionsbericht vom 20. Oktober. Amtliche Produktionsnotierungen per 50 Kg. ab Station. Weizen märkischer 21–23 500 Mill., Roggen märkischer 29–30 500 Mill., Hafer märkischer 24–25 000 Mill., Weizennmehl 92–99 000 Mill., Roggenmehl 80–95 000 Mill., Weizenkleie 14–15 500 Mill., Roggenkleie 14 bis 14 500 Millionen, Vittoriaerbei 42–45, Rapsflocken 21–23, Tortmelasse 8–9 Milliarden.



Maasberg & Stange

Bydgoszcz, Pomorska 5

Telefon 900

Teleg.-Adr.: „Maasberg“

Steinkohlen, Hüttenkoks, Holzkohlen

Kalk, Zement.

Gross-Vertrieb und General-Vertretungen.

Bank H. Pfotenhauer

Kom.-Ges. auf Aktien.

Telefon 6551/4, 3562

Danzig, Dominikswall 13.

9740

Erledigung sämtl. Bankaufträge.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 20. Oktober 1923 bei Toruń (Thorn) + 1,85, Gorden + 1,74, Chełmno (Culm) + 1,76, Grudziądz (Graudenz) + 1,88, Kurzebrück + 2,18, Piła - 1,73, Tczew (Dirschau) - 1,86, Einlage + 2,74, Świeciebrück + 2,62, Jawischow am 19. Oktober + 2,20, Krafow am 16. Oktober - 1,18, Warszawa am 19. Oktober + 2,03, Plock am 18. Oktober + 1,53 Meter.

Hauptkristalleiter: Gottbold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Brzegodzki, Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Hierzu: „Der Hausfreund“ Nr. 84.

OSRAM
NITRA

OSRAM

muß auf der Glasglocke stehen

Gute Beleuchtung unterstützt Auge und Hand.

Statt besonderer Anzeige.

Heute früh 11^{1/4} Uhr entschließt sanft mein geliebter Mann, mein guter Vater, Schwiegervater, Bruder und Onkel, der

Rittergutsbesitzer

Hans Begner

im 63. Lebensjahr.

Dies zeigen tief betrübt an

Olga Begner geb. Meier

Georg Begner

Johanna Begner geb. Riffe.

Ballewo, bei Kornatowo, den 20. Oktober 1923.

Trauerfeier im Hause, Mittwoch, den 24. Oktober, 1 Uhr, anschließend Beerdigung in Lijewo.

10326

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgang unserer lieben Entschlafenen sprechen wir unseren **tiefempfundenen Dank** aus.

Olonin, den 20. Oktober 1923.

Im Namen der Hinterbliebenen
Hermann Thimm.

Last-Führwert

zu haben bei
Paul Maiwald, Garbary 33.

Geldmarkt

2 Milliarden

als stiller Teilhaber werden auf drei Monate gesucht für Fabrik Lebensmittelbranche. Offerten unter R. 10330 sind an die Geschäftsstelle dieser Zeitung einzusenden.

Stiller oder tätiger

Teilhaber

mit 1000 Doll. od. mehr für gewinnbr. Engros-geschäft gesucht. Offert unter R. 11819 an die Geschäftsstelle dies. Jtg.

Stellengejüche

Suche ab 1. 4. 1924

selbständige

Gutsverwalter-

Stelle.

Bin 26 Jahre alt, ledig, lath., der polnischen Schriftsprache mächtig, seit 18 Jahren beim Fach, letzte Stelle seit 3 Jahren selbstständig inne. Gute Zeugnisse und Referenzen steh. zur Seite. Offert u. R. 10279 a. d. G. d. St. an die Geschäftsstelle dies. Jtg.

Tüchtiger, erfahrener

Oberinspektor

ledig, 33 Jahre, Pole, erste Kraft, mit Prima Zeugn. u. Empfehl. aus größeren intensiven, deutschen Wirtschaften, sucht zum 1. 1. oder 1. 4. 24 Dauerstellung, wo spätere Heirat möglich. Off. unt. R. 11711 a. d. G. d. St.

Förster

verheiratet, 35 Jahre alt, mit 15 jähr. Först-praxis, i. d. Forstwirtschaft und der Forstbuch-führung erfahren, mehrere Jahre in der königlichen Forst im Revierförderdienst tätig gewesen, im Besitz guter Zeugnisse u. Referenzen, der poln. u. deutsch. Sprache in Wort u. Schrift mächtig, sucht Stellung von sofort oder später. Angeb. u. R. 10240 a. d. G. d. St.

Gut empfohlener
Rechnungsführer,
Kassen-Kendant und
Maschinenmeister,
fliegend Polnisch und
Deutsch, sucht z. sofort
Vertrauensstellung.
Gef. Off. u. W. 10177
a. d. G. d. St. d. 3. erb.

Suche Stellung i. Kon-
tor ein. grös. d. Firma.
Bis dahin i. p. Schul-
dienst tätig gewes. Off.
u. S. 11885 a. d. G. d. St. d. 3.

Ig. Mann, 27 Jahre,
sucht von jof. Stellg. als
Diener. R. 11883 a.
d. Geschäftst. d. Zeitg.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

Suche v. jof. od. 1. 11.
Stellg. a. d. G. d. St. d. 3.

<p

Französische Justiz vor 50 Jahren.

Die "Deutsche Juristen-Zeitung", die bekannteste wissenschaftliche Fachzeitschrift für Rechtswissenschaft, in der die namhaftesten deutschen und österreichischen Rechtsgelehrten und obersten Richter als Mitarbeiter tätig sind, bringt nachstehenden historischen Rückblick auf die französische Rechtsauffassung in der Zeit unmittelbar nach dem Kriege 1870/71, der im Hinblick auf das Vorgehen und die Haltung des jungen Frankreich gegenüber Deutschland von allgemeinem Interesse sein dürfte:

Bei den Ende Mai d. J. in der französischen Kanamer stattgefundenen Ruhdebatten unterbrach Poincaré die Ausführungen des Abgeordneten Muriol, eine Aufrüttung der Besetzung müsse immer zu neuen und bestigeren Zwischenfällen führen, mit dem Rufe: "Im besetzten Frankreich hat man 1870/71 keinen Zwischenfall erlebt!" Diese Behauptung ist eine geschichtliche Unwahrheit.

Obwohl nach dem eigenenzeugnis der Franzosen 1870/73 alle Besatzungsmaßnahmen den Geist der Wilden und höchsten Schonung des französischen Nationalgefühls annehmen, sind "Zwischenfälle", ärger als die vereinzelt jetzt im Ruhrgebiet von der gequälten Bevölkerung begangenen Verzweiflungstaten, zu verzeichnen gewesen, von denen zwei der unzeitgemäßen Vergessenheit entrissen werden sollten.

Am 10. August 1871 *) — der Friede war geschlossen, die deutschen Truppen hielten einige Kantone besetzt — hatte sich der im Dorfe Challes einquartierte Feldwebel Kraft im Garten unter einem Baum gelagert. Der 25jährige Gärtnervorschreiber Berlin ist nicht dabei mit dem Umhaken von Beeten beschäftigt. Da er Kraft eingeschlafen glaubt, beschichtet er ihn zu töten, schleicht sich heran und versetzt ihm mit der Gartenhaube einen wichtigen Schlag auf den Kopf. Dem zweiten Diebe, der Kraft zwei Finger von der Hand abtrennt, folgen weitere mit größerer Gewalt geführte Streiche. Kraft kommt wieder Erwachen mit dem Leben davon, bleibt aber zeitlängs verstorben. Der entflohenen Berlin wird in Paris verhaftet. Der Gerichtshof von Seine-et-Marne verweigert der deutschen Regierung die Auslieferung Berlins, erklärt sich aber seinerseits zur Erfüllung einer Untersuchung bereit. Die deutsche Regierung gibt dem statt und Berlin wird dem Schwurgericht von Seine-et-Marne zu Melun überwiesen, wo am 14. November 1871 die Verhandlung stattfindet. Berlin ist im vollen Umfang geständig, gibt auch die Tötungsabsicht ausdrücklich zu, die er mit seinem Hass gegen die Preußen rechtfertigt, und wird freigesprochen und in Freiheit gesetzt.

Wenige Tage später, am 24. November 1871 **) verhandelte das Schwurgericht der Seine (Paris) gegen den 28jährigen Kadett Tonnelet wegen Mordes an dem Landwehrmann Denmüller vom 2. Thüringischen Infanterieregiment. Tonnelet, der im Juli aus deutscher Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt war, hatte sich am 5. September 1871 mit Freunden in mehreren Schenkens herumgetrieben und um zwei Liter Wein gewettet, daß er noch heute einen Preußen töten werde. Er sucht dann mit seinen Begleitern Ortschaften auf, in denen deutsches Militär liegt, und beleidigt zunächst in Fontenay vorübergehende Mannschaften und Offiziere. So rufen sie einer am Arm ihres Mannes gehenden Cheffrau eines Offiziers „Ach“ nach. Als die Offiziere dieses Benehmen ignorieren, geht Tonnelet einem preußischen Soldaten nach mit den Worten: "Dich will ich fassen". Doch führt er seine Drohung nicht aus und wandert mit seinen Begleitern nach dem Dörfchen Montereau weiter. Als ihnen dort auf der anderen Seite der Straße ein deutscher Soldat entgegenkommt, kreuzt Tonnelet die Straße und fragt ihn, ob er Preuse sei. Als dieser entgegnet: "Ja, mot Saxon, moi Français!" zieht Tonnelet aus dem Gürtel ein offenes Messer und sticht es dem Deutschen in die Brust, der nach zwei Schritten tot zusammenfällt.

Dieser Sachverhalt wird in der Schwurgerichtsverhandlung durch französische Zeugen bewiesen. Tonnelet gibt den Tatbestand und insbesondere den Umstand zu, daß beim Frühstück gebrauchte Messer geöffnet im Gürtel verwahrt zu haben; er entschuldigt sich mit Trunkenheit, die jedoch widerlegt wird. Der Staatsanwalt hält — wie übrigens auch im Falle Berlin — die Anklage aufrecht, ohne der Annahme mildester Umstände zu widersprechen. Der Verteidiger beantragt Freisprechung mit einer Begründung, von der wenigstens einige Sätze festgehalten werden müssen. Tonnellets einzige Schuld ist, die Leiden seines Vaterlandes zu lebhaft empfunden zu haben. Er hatte recht, zu sagen: ich möchte einen Preußen töten. Wer von Ihnen, meine Herren Geschworenen, hätte

*) Die Schilderung ist den Angaben der "Gazette des tribunaux" Nr. 18864 vom 18. November 1871 entnommen.

**) "Gazette des tribunaux" Nr. 18870 vom 25. November 1871.

Achtung! Seltener wiederkehrendes Angebot!

Als Absolvent der Wien. Herren-Schneider-Akademie ehemal. Zuschneider (Fachmann) der Firma Wihl. Roll, ul. Gdanska 5, beehe ich mich der verehrten Kundsch. meine Dienste anzubieten. Herrenstoffe bester Qualität berechne ich meinen Kunden zu Einkaufspreisen. Übernehme auch die Anfertigung v. selbststreich. Stoffen u. Herrenpelzen zu mäßigen Preisen.

M. Zyller, Bydgoszcz,
ul. Sienkiewicza 11a, I. pr. 11870

Turkos
Qualitäts-Zigarette
40 000.— Mark
pro 20-Stück Packung
Fabryka papierosów, tytoni i gáz
„Druh“, Bydgoszcz,
Poznańska 28.
Telefon 1670. 9873
Wiederverkäufer erhalten Rabatt!!!

Besitzer in Polen
(nähe Bromberg) sucht Verbindung mit
Besitzer in Deutschland
(mögl. Nähe Dresden), zwecks
Austausch von Lebensmitteln
an gegenseitige Verwandte.
Offer unter D. 9967 an die Geschäftsstelle
dieses Blattes.

10 000 000 M. Belohnung.

Am 11. Oktober 1923, zwischen 6—7 Uhr abends, sind mir folgende Gegenstände durch Einbrecher gestohlen worden:

- 1 Jagdgewehr Kal. 16, Selbstspanner Cetnor Nr. 23401, Rohr Lins Nr. 3181, Rohre Aufschrift Wilhelm Schulz, Neustettin (quer Krupp-Essen), geflocht. Lederriemchen,
- 1 Gehpelz, Bisam mit Opossumkragen, 10138
- 1 Gehrockanzug, schwarz Rammgarn,
- 1 Ulster, schwarz, auf dem Kragen u. Brustflock von Zigarrenlohe,
- 1 Rock, blau Rammgarn,
- 1 Rock, hellgrau gestreift,
- 1 Staubmantel, hell,
- 1 Sporthose, ganz hell, Manchester-Streifen,
- 1 Paar lange Stiefel, Boxkalf mit Ledersporenhalter
- 2 Paar kompl. Bettbezüge (weiß).

Vor Anlauf wird gewarnt.

Für Belohnung des Diebes zahl sofort obige Belohnung.

Kaufm. Agenturen Reez, Debionet.

Räumungshalber
ca. 300 Zentner
X Kohlenschutt X
hat abzugeben
Paul Henke,
Telef. 990. Nowodworska 7. Telef. 990.

das nicht hundertmal gesagt? Wer von uns hegte nicht einen unverhönlischen Hass gegen die Preußen im Herzen? Dieser Hass ist eine Hoffnung, eine Ehre! Die Preußen sind für uns nicht Feinde, sie sind nur Feinde." Es folgt das zusammenfassende Gutachten des Vorsitzenden mit den Worten an die Geschworenen: "Ich lasse Sie unter dem Eindruck der Rede des Staatsanwalts und der bewegten Worte des berühmten Vertreters, dessen Talent sich wohl nie so in seiner ganzen Erhabenheit gezeigt hat, wie in diesem Falle", und nach einer Beratung von ganzen vier Minuten war Tonnelet freigesprochen unter den jubelnden Juroren: "Vive la France, vive la justice!" (Es lebe Frankreich, es lebe die Gerechtigkeit!).

Es ist "ayres la revanche!" Bismarck hat in seinem Brief an den Gesandten von Arnim in Paris vom 7. Dezember 1871, unmittelbar nach den beiden Freisprechungen, diese Rechtsprechung als eine Täuschung des "in die Rechtspflege Frankreichs gesetzten Vertrauens" bezeichnet. Damals wagte auch die Kulturwelt deutschen Beschwerden ein Echo zu geben und damals schrieb der Londoner "Daily Telegraph": "Dieses freisprechende Urteil war ein barbarisches und groves Justizverbrechen" und "Daily News" erklärten es für eine Pflicht der europäischen Presse, "die Errichtung auszudrücken, die alle zivilisierten Nationen über die Vergewaltigung und Leidenschaft fühlen, welche die Rechtspflege und das Schwert der Gerechtigkeit usurpiert haben".

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strenge Verschwiegenheit angeordnet.

Bromberg, 22. Oktober.

S Einbruchsdiebstähle. In dem Hause Werderstraße (Blonia) 6 hatte eine Familie, die nach Warschau verreist war, ihre Wohnung ohne Bewachung gelassen. In dieser Zeit drangen Einbrecher in die Wohnung und raubten eine große Anzahl von Haushaltsgegenständen und Sachen aller Art im Gesamtwerte von 500 Millionen Mark. Eine Warnung für alle, die verreisen! — In der Nacht zum Sonnabend wurde auch in Schleusenau (Okole) in einer Wohnung des Hauses Dankelstraße (Chelmirska) 28 eingebrochen. Die Diebe entwendeten dort Sachen im Werte von 10 Millionen Mark.

S Festgenommen wurden in der Zeit von Sonnabend bis heute ein Betrunken, eine Sittendirne, ein Serumtreibler, sowie mehrere Personen wegen Diebstahls.

S Der Leichenfund bei Samostrzel, von dem wir am Sonnabend berichteten, hat sich als ein Mord herausgestellt. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

* Lublin, 19. Oktober. Der Warschauer "Robotnik" meldet von hier: Die Polizei verhaftete heute den Geissel-Tews, Sekretär der hiesigen Ortsgruppe des Bebauungsverbandes Landwirtschaftlicher Arbeiter, und den Genossen Sielski, den Vorsitzenden der Filiale der Gnesener Abteilung. Die Verhaftung erfolgte in Verbindung mit den Streiks, die wegen Nichterfüllung gewisser Forderungen der landwirtschaftlichen Arbeiter ausgebrochen sind. Die Höhe werden bekanntlich nach dem Roggenpreis berechnet, und zwar wird im Kongresspolen der Roggen mit 700 000 M., im Posenschen dagegen mit 394 000 Mark berechnet. Da die Arbeiter die gleiche Berechnung wie in Kongresspolen nicht durchsetzen konnten, verlangten sie 100 Prozent Erhöhung für den Monat September, worauf die Gutsbesitzer nicht eingehen wollten. — Wir verzeichnen die Meldung mit Vorbehalt.

* Künzitz, 20. Oktober. Heute früh wurde auf der Eisenbahnstrecke zwischen hier und Gondel die Leiche einer unbekannten Frauensperson aufgefunden, die vom Eisenbahngüterwagen überfahren und getötet worden war. Ob ein Selbstmord oder ein Unglücksfall vorliegt, hat sich bisher nicht feststellen lassen.

* Lissa (Leszno), 20. Oktober. Die Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft plant, in diesem Winter Volkskunstabende zu veranstalten. Da es nur noch in Aussichtslosen möglich sein wird, Künstler von außerhalb heranzuziehen, so werden unsere einheimische Sangeskünstlerin Frau Else Daniel sowie das Doppelquartett, der Männerchor u. a. gediegene und zugleich volkstümliche Darbietungen veranstalten.

* Posen (Poznań), 20. Oktober. Von Einbrechern heimgesucht wurde in der vergangenen Nacht ein erst kürzlich eröffnetes Manufakturwarengeschäft. Die Einbrecher haben dort für 200 Millionen Mark Kleidung, Damenwäsche und seidene Strümpfe gestohlen. — Gleichfalls einen Einbrecherbutsch erhielt in der vergangenen Nacht eine Wohnung im Hause ul. Mickiewicza 2a (fr. Hohenzollernstraße). Dort wurden Kleidungsstücke und Wäsche entwendet. Der Wert der Einbrecherbente beträgt auch hier 200 Millionen Mark.

* Wągrowiec (Wagrowiec), 18. Oktober. Im Einvernehmen mit den städtischen Körperschaften hat der hiesige St. Vinzenzverein die Gründung einer Volksschule für den herannahenden Winter beschlossen. — Ein schwerer Gewitter, begleitet von heftigen Regengüssen und Hagelschlag, ging am 15. I. W. in den Nachmittagsstunden über den westlichen Teil des Kreises. Dem Gewitter ging ein orkanartiger Sturm voraus, der an den Straßenbäumen und Getreideschönen beträchtlichen Schaden anrichtete.

r. Birke (Sierakow), 18. Oktober. Die Langfinger arbeiten wieder mit Vollämpfen. In einer der letzten Nächte einem Besitzer das Schwein aus dem Brunn in derselben Nacht dem Besitzer S. den Hühnerstall ausgeräumt, in Grünthal einer armen alleintreibenden Frau sechs junge Hähnchen entwendet. Dem Gastwirt P. aus Grünthal, der hier Einkäufe gemacht hatte, wurde während der Fahrt gleich hinter der Stadt in der Nähe des jüdischen Friedhofs eine Kiste mit Schnaps und Likören vom Wagen gestohlen. — Am nächsten Donnerstag findet hier ein Kraam-, Vieh- und Pferdemarkt statt.

b. Bain, 18. Oktober. Der heutige Jahrmarkt war stark besucht, und auf dem Kraammarkt herrschte eine lebhafte Kaufstätigkeit. Händler mit Tuchwaren waren zahlreich erschienen, und auch die Kaufleute der Stadt machten gute Geschäfte. Auf dem Vieh- und Pferdemarkt waren infolge Biebsperre nur Pferde vertreten. Es kosteten gute Stuten bis 1½ jährig 20—27 Millionen, Durchschnittspferde 50—70 Millionen, Fohlen, Wohlen 7—9 Millionen. Die Kaufstätte war nur gering.

Kleine Rundschau.

* Der Wirtschaftsausschuss des Volksbundes hat, wie aus Warschau gemeldet wird, den Beschuß gefaßt, den gegenwärtigen Kalender derart zu reformieren, daß das Jahr in 13 gleiche Monate zu je 28 Tagen (vier Wochen) eingeteilt wird.

* Der Film als Zielrichter bei Wettkennen. Die Bielphotographie hat sich auch in Deutschland bei Wettkennen in zweifelhaften Fällen bereits gut bewährt. Nun hat man nach der "Deutschen Optischen Wochenschrift" in Frankreich Versuche gemacht, den Film als Richter bei Wettkennen zu verwenden, indem man die letzten entscheidenden Sekunden der Ankunft am Ziel kinematographisch festhält. Diese Aufnahmen haben sich bei den letzten Rennen in Maisons-Laffitte, Saint-Cloud und Le Tremblay so vortrefflich bewährt, daß man den Film als entscheidenden Faktor in allen Streitigkeiten beibehalten will. Der Aufnahmegerät ist auf dem Dach der Tribüne der Renndreher angebracht; die Filme können in drei Minuten entwickelt werden und zeigen auf das klarste, welches Pferd gewonnen hat. In Le Tremblay wurden zwei kinematographische Apparate verwendet, die zu beiden Seiten des Ziels aufgestellt waren.

* Österreich — das goldreichste Land Europas. Nach den Angaben von Direktor Dr. Karl Imhof von der Gewerkschaft Rathausberg ist Österreich das goldreichste Land Europas. Die Gewerkschaft liefert heute allerdings nur 1,75 Kilo reinsten Edelmetalls alle zwei Monate; bei entsprechender Steigerung des Betriebs könnte aber dieselbe Menge jeden Tag gefördert werden. In den Bergwerken der Gewerkschaft sind mindestens 18 Millionen Tonnen Erze vorhanden; eine Tagesleistung von 1000 Tonnen Bauwerk würde erst in 60 Jahren diesen Vorrat erschöpfen, während schon eine tägliche Verarbeitung von 500 Tonnen eine jährliche Erzeugung im Werte von 14,5 Millionen Goldkronen erzielen würde. Es gehört vorläufig am nötigen Kapital zur Ausbeutung der Bergwerke. Nach Möglichkeit will die Gesellschaft von der Inanspruchnahme ausländischen Kapitals Abstand nehmen und nur mit österreichischem Kapital arbeiten.

* Der siebente Schatzkästler. Als Lloyd George noch Schatzkästler war, fuhr er eines Abends im Kraftwagen nach seinem Landsgut in Surry. Unterwegs mußte der Wagenführer halten, um die Laternen anzulinden, und Lloyd George stieg auch aus, um sich zu überzeugen, daß die hinteren Laternen brannte. Der Wagenführer hatte dies jedoch nicht bemerkt und fuhr ohne seinen Herrn davon. Da nun das Ziel noch weit entfernt war, wollte Lloyd George sich ein anderes Gefährt verschaffen. Dicht dabei lag das Herrenhaus der Grafschaft, wo er einen Wagen zu erhalten hoffte. Er eilte hin und erklärte dem Pförtner seine Lage, und um dem Anschein mehr Gewicht zu geben, fragte er hinzu: "Ich bin der Schatzkästler." "Schön gut", antwortete der Mann, "wir haben hier schon einen Schatzkästler. Sie sind der siebente." Aber Lloyd George machte schnellstens kehrt und zog es vor, den Rest des Weges zu laufen.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Öfferten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlich auf dasselbe beziehen zu wollen.

Für Landwirte — günstige Gelegenheit.

Räumungshalber geben wir bis auf weiteres aus unseren Beständen zu außerordentlich billigen Preisen ab:

Räder für Arbeitswagen

ca. 200 Sah (je 4 Stück) Räder, 2 Zoll. 80 u. 100 em. Ø, unbeschlagen u. beschlagen, ca. 50 Sah (je 4 Stück) Räder 2½, 2, u. 3 Zoll. 90 u. 110 em. Ø, unbeschlagen u. beschlagen, 200 Stück Räder, verschiedene Dimensionen, 50 Sah kompl. Arbeitswagen-Gefälle, 50 Stück Rüb- und Kartoffelkästen.

Die Räder sind aus besten trocken Harthölzern hergestellt, lagern seit längerer Zeit und sind hinsichtlich ihrer Haltbarkeit und der sehr niedrigen Preise eine

seltene Gelegenheit.

Fahrzeugfabrik Richard R. Schmidtke L. J. O. p. Bydgoszcz-Szreter.

Erteile billig gründl. Unterricht in poln. Sprache und Klavier. Werderstr. (Blonia) 2, part., rechts. 11868

Holzwolle Grob- und Feinschnitt liefert 9749

Kantor Węglowy, Jagiellońska 46/47. Telefon 8, 12 u. 13.

Es ist immer noch Zeit,

lästige Hühneraugen und drittende Hornen bestellt durch unter ganz besonders ausgezeichnet.

Pflaster leicht u. schmerzlos zu entfernen. 10043 Schwanen-Drogerie. Bromberg, Danzigerstraße 5.

Massagen

in u. außer dem Hause werden sachgemäß ausgeführt S. Menzel, Warmińskiego 2, 10881

Heirat

Verheiratet gewesene

Geschäftsfrau

mit Anh. eod. Mitte

30. in gut. Verhältn. sucht auf diesem Wege

Herrenbekanntlich. an

Heirat. Offer unter

A. Dittmann, G. m. b. H.

11864a. d. G. d. 3.